

IKT-Strategie: Wien setzt verstärkt auf offene Daten

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres täglichen Lebens geworden. E-Government schafft die Voraussetzung dafür, dass Wirtschaft und Bürger eine ständig wachsende Zahl von Dienstleistungen online in Anspruch nehmen können.

Christian Henner-Fehr

Produkte können online gekauft, Urlaubsreisen gebucht werden, und wer heute Geld von seinem Konto überweisen möchte, tut das immer häufiger über das Internet. Die Vorteile liegen auf der Hand: Viele Vorgänge lassen sich auf digitalem Weg schneller und auch kostengünstiger abwickeln.

Auch die öffentliche Verwaltung hat das Potenzial der IKT erkannt und mit E-Government die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Wirtschaft und Bürger eine ständig wachsende Zahl von Dienstleistungen online in Anspruch nehmen können. Die Stadt Wien, deren Ziel es ist, sich zu einem modernen Dienstleistungskonzern mit sozialer Verantwortung zu entwickeln, setzt dabei verstärkt auf IKT als Innovationsmotor. Im Hinblick auf die Modernisierung der Verwaltung erhofft man sich durch den IKT-Einsatz vor allem eine bessere Kundenorientierung und mehr Wirtschaftlichkeit.

Virtuelles Amt

Mit dem Virtuellen Amt hat die Stadt Wien eine Plattform geschaffen, auf der rund 600 Amtshelferseiten und eine Vielzahl elektronischer Dienstleistungen angeboten werden. Es unterstützt die Bürger bei der Erledigung von Amtswegen und informiert über die Dienstleistungen und Serviceange-

bote der Stadtverwaltung. Über 180 Amtswegen können mittlerweile online erledigt werden. Dazu gehört auch das Versenden digitaler Dokumente, die, so sie von der Stadt Wien kommen, mit einer sogenannten Amtssignatur versehen sind. Auf diese Weise lässt sich ein Dokument eindeutig als amtliches Schriftstück identifizieren und gibt dem Empfänger die Sicherheit, nicht eine Fälschung vor sich auf dem Bildschirm zu haben. Dank der digitalen Handy-Signatur können Dokumente auch über mobile Endgeräte elektronisch identifiziert werden.

Aber auch das Rechnungs- und Abgabewesen der Stadt wird mittlerweile zu einem großen Teil online abgewickelt. So bietet die Magistratsabteilung 6, zuständig für das Rechnungs- und Abgabewesen, die Möglichkeit der Rechnungsübermittlung und anschließenden Bezahlung über das Portal www.e-rechnung.at.

Rechnungen an die Stadt können elektronisch über eine standardisierte XML-Schnittstelle übermittelt werden. Das Angebot der E-Rechnung richtet sich aber nur an Geschäftspartner aus der Wirtschaft und erlaubt die rasche und sichere Übermittlung von Rechnungen ohne Medienbruch.

Open Government: Die Stadt stellt umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung

Neben der Entwicklung weiterer E-Government-Angebote arbeitet die Stadt auch an einer Strategie zur weiteren Öffnung von Verwaltungsdaten für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Mit der Erarbeitung dieser Open-Government-Strategie ist der Chief Information Officer (CIO) der Stadt Wien, DI Johann Mittheisz, federführend befasst. „Noch im ersten Halbjahr werden wir neue Initiativen der Stadt präsentieren“, kündigt die zuständige Stadträtin Sandra Frauenberger an.

Schon heute bietet die Stadt Wien einen Stadtplan mit über 100 Layern - das sind fachspezifische Inhalte wie zum Beispiel die Kennzeichnung von Apotheken, Kindergärten oder Einbahnen. „Das Open-Government-Angebot wird ständig erweitert und auf der Internetplattform wien.gv.at zur Verfügung gestellt. Dabei werden auch internationale und nationale Erfahrungen berücksichtigt. Die Stadt Wien hat mit ihrem E-Government-Leistungsangebot einen wesentlichen Beitrag geleistet,

Open Data am Beispiel der Plattform ubahnaufzug.at www.ubahnaufzug.at

dass Österreich 2010 bereits zum wiederholten Male E-Government-Europameister wurde“, so der Open Government-Beauftragte Johann Mittheisz.

Was bedeutet Open Government beziehungsweise Open Data? Der Verein [open3 www.open3.at](http://open3.at) spricht auf seiner Website von einer Unmenge nicht-personenbezogener Informationen, dazu gehören Fahrpläne, Gesetze, Umweltdaten, aber auch demografische Daten, Wahlergebnisse oder Grundstücksinformationen.

„Grundlage all dieser - häufig mit Steuergeld finanzierten - Informationen sind Daten. Diese sind - sofern sie digital verfügbar sind - großteils isoliert in Datenbanken gespeichert, die nicht öffentlich zugänglich oder nicht automatisiert auswertbar sind“, heißt es auf der Website weiter.

Würde man diese über ein Datenportal online zur Verfügung stellen, ließen sich

daraus neue Zusatzangebote entwickeln. Welche Potenziale die Öffnung der Daten der öffentlichen Hand für Demokratie und Wirtschaft bringt, wurde im Rahmen der Gesprächsreihe [twenty.tenety www.tenetytwenty.at](http://twenty.tenety.at) diskutiert. Daniel Dietrich von der Open Knowledge Foundation Deutschland sprach in seiner Keynote von einem Schatz, der einmal gehoben, einen intensiveren Dialog zwischen Regierung, Verwaltung und Bürgern ermöglicht. In seinem Eröffnungs-Statement beschrieb er die Infrastruktur von Open Data als Basis für eine nachhaltige Wissensökonomie. Die Offenlegung von Daten aus Politik und Verwaltung mache das Handeln der Akteure nachvollziehbar. Diese Transparenz fördert den Dialog und schafft damit auch Vertrauen.

Wenn die Rohdaten uneingeschränkt für neue Anwendungen oder Dienstleis-

tungen verwendet werden können, ist das nicht zuletzt auch ein Innovationsmotor. Dietrich ist überzeugt: „Roh sind die Daten wertlos. Gekocht und veredelt sind sie ein wahrer Schatz.“ Er selbst sieht die Veredelung von Daten nicht als primäre Aufgabe des Staates. „Der volkswirtschaftliche Nutzen ist bedeutend höher, wenn viele Entwickler und Unternehmen auf die Quelldaten zugreifen können und daraus auch Wettbewerb entsteht“, so der Vertreter der Open Knowledge Foundation Deutschland und CEO des deutschen Open Data Networks.

Die vorhandenen Daten zu veredeln, dazu dient die Initiative der Stadt Wien. Aber nicht nur in Wien genießt das Thema hohe Aufmerksamkeit, in ganz Österreich herrscht Aufbruchsstimmung. Sichtbares Zeichen dafür ist die „Open Government Data Konferenz“ www.ogd2011.at, die im Juni 2011 stattfinden wird.

Open Data in der Praxis

Wie sich Daten veredeln lassen, wird am Beispiel der Plattform ubahnaufzug.at www.ubahnaufzug.at deutlich. Seit 2008 sind in Wien alle U-Bahn-Stationen behindertengerecht mit Aufzügen oder Rampen ausgestattet. Aufzüge können kaputt gehen oder müssen gereinigt werden, was bedeutet, dass sie Menschen mit eingeschränkter Mobilität in dieser Zeit nicht zur Verfügung stehen. Zwar kann man heute schon beim Kundentelefon der Wiener Linien die Stehzeiten der Aufzüge erfragen, aber das Angebot ließe sich noch verbessern, indem, wie es auf der Plattform heißt, unter anderem die „Verfügbarkeitsdaten von Rolltreppen, Aufzügen, Rampen und Ähnlichem als Open Data in maschinenlesbarer Form jeweils zeitnah zur Verfügung“ gestellt werden.

Bis es soweit ist, werden diese Informationen durch Crowdsourcing der Bevölkerung zur Verfügung gestellt und ergänzen so das Angebot der Wiener Linien.

Neben solch praktischem Nutzen haben „offenen Daten“ nach Ansicht des Vereins [open3](http://open3.at) außerdem das Potenzial,

- ▶ „Politik und öffentliche Verwaltung offener, transparenter und bürgernäher zu gestalten,
- ▶ gesellschaftliche Missstände sichtbar zu machen sowie
- ▶ auf individueller Ebene qualifiziertere Entscheidungen zu treffen“.

In welcher Form das möglich ist, wird die derzeit von der Stadt Wien entwickelte Open-Government-Strategie zeigen.

DIE ELEKTRONISCHE ZUSTELLUNG

Die elektronische Zustellung ist ein wesentlicher Bestandteil einer modernen, serviceorientierten Verwaltung.

Für die Bürgerinnen und Bürger spart sie Zeit und erhöht den Komfort. Das Abholen von behördlichen Sendungen von den Postämtern kann gänzlich entfallen. In der Verwaltung sorgt die elektronische Zustellung für deutliche Kosteneinsparungen. Mit der elektronischen Zustellung werden die Identität der Empfängerin bzw. des Emp-

fängers und die Identität der absendenden Behörde klar gewährleistet. Darüber hinaus erfolgen der Transport und die Zustellung über eine gesicherte Verbindung. Damit wird die Voraussetzung für die Zustellung von behördlichen nachweislichen Sendungen, das sind RSA- und RSb-Briefe, geschaffen. Die Voraussetzung für die Registrierung ist der Besitz eines Handys (mit Handy-Signatur) oder einer Bürgerkarte.